

haben wir einen zweiten Antrag vorgelegt. Darin finden Sie ein Gesamtkonzept mit drei Schritten zu mehr Qualität in der Hochschullehre.

Der erste Schritt: Wir brauchen eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen. Wenn an deutschen Unis jeder Professor bzw. jede Professorin mehr als 60 Studierende betreuen muss, lässt sich keine Lehre organisieren, die der Begabung und Neugierde des einzelnen Studierenden gerecht wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Betreuungsrelation an deutschen Hochschulen ist im internationalen Vergleich mehr als peinlich. Natürlich sind in erster Linie die Länder dafür verantwortlich. Aber spätestens beim Hochschulpakt kommt der Bund ins Spiel. Mit dem mickrigen Beitrag, den Sie für zusätzliche Studienplätze bereitstellen, lassen sich gute Betreuung und gute Lehre nicht organisieren, schon gar nicht in den Fächern, die es am dringendsten brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher fordern wir: Hochschulpakt und Bologna-Prozess müssen endlich anständig finanziert werden. Klar ist auch: Gute Lehre muss gebührenfrei sein. Die Studiengebühren müssen daher wieder abgeschafft werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN –
Monika Grütters [CDU/CSU]:
Ländersache!)

Der zweite Schritt: Wir wollen gute Lehre in Personalentwicklung und Qualitätsmanagement verankern.

(Monika Grütters [CDU/CSU]: Hochschul-
sache!)

Mehr Hochschullehrer allein reicht nicht aus – gute Lehre braucht gute Professorinnen und Professoren. In der wissenschaftlichen Ausbildung, bei der Berufung und in regelmäßigen Fortbildungen müssen didaktische Kompetenzen eine zentrale Rolle spielen. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten hochschuldidaktische Zentren.

Um gute Lehre zu identifizieren, brauchen wir zudem eine systematische Evaluierung von Studienqualität und Studienerfolg: Was hat das Seminar gebracht? Hat sich der Dozent engagiert? Diese Fragen müssen methodisch erhoben werden und Konsequenzen haben, bis hin zu einer leistungsbezogenen Bezahlung. Auch in der Lehre muss gelten: Leistung zahlt sich aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Schritt: Mit den bislang genannten Maßnahmen können wir gute Lehre in der Fläche erreichen; aber genau wie in der Forschung dürfen wir uns damit nicht zufriedengeben. Wir müssen

weitere Impulse geben. Auch in der Lehre braucht es immer wieder neue Ideen, Best-Practice-Beispiele und innovative Zukunftskonzepte. Deshalb wollen wir einen Wettbewerb für herausragende und innovative Lehre.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-
SES 90/DIE GRÜNEN)

Nach seiner Erprobung sollte dieser Wettbewerb als vierte Säule in die bestehende Exzellenzinitiative integriert werden. Das heißt, dass ab 2011 eine Hochschule nur dann als Spitzenuniversität gelten kann, wenn sie neben herausragender Forschung auch exzellente Leistungen in der Lehre erbringt. Das Erfolgsrezept der deutschen Hochschulen – die Einheit von Forschung und Lehre – spiegelt sich dann endlich auch in der Exzellenzinitiative wider.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen, erkennen Sie endlich an, dass qualitativ hochwertige Lehre an den Hochschulen nicht nur in Grußworten und Länderappellen ein Thema sein darf. Was die KMK auf Initiative des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft beschlossen hat, ist ein erster Schritt, reicht aber bei weitem nicht aus. Der Bund selber muss aktiv werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht letztlich darum, dass die Studienbedingungen in Deutschland international wettbewerbsfähig werden. Sie müssen auf ein anständiges Niveau angehoben werden, damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass künftig deutlich mehr junge Menschen zufrieden und erfolgreich ihr Studium abschließen können. Das wollen wir Grünen mit unserer Initiative erreichen. Ich hoffe auf breite Unterstützung in diesem Haus.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun die Kollegin Monika Grütters das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeord-
neten der SPD)

Monika Grütters (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Gehring, wir haben nicht im Oktober 2006, sondern ziemlich genau vor zwei Jahren – nämlich am 16. Februar 2006 – den Antrag „Mehr Qualität für die Hochschulen“ beraten. Nun könnte man feststellen: Die prächtigen Grünen lassen einfach nicht locker. Richtig wäre aber, Sie einmal mehr daran zu erinnern, dass der Bund bei aller Einsicht und allem Respekt vor Ihrer Neigung zu diesem Thema nur eine sehr begrenzte Zuständigkeit hat. Das

wollen Sie nicht gerne einsehen. Da Sie als Grüne in den Ländern so wenig Einfluss haben,

(Willi Brase [SPD]: Vorsicht! Hamburg!)

dass Sie Ihre Themen dort nicht platzieren können, wählen Sie die für die Oppositionsarbeit beste aller möglichen Redezeiten im Deutschen Bundestag – wie Sie es vorgestern formuliert haben –, um über Ihr Spezialthema reden zu dürfen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, weil Sie die Reden zu Protokoll geben wollen!)

Ich kann mir allerdings die Vorbemerkung nicht verkneifen, dass der gesamte Antrag auf mich wie eine rührende Fleißarbeit wirkt, die aber leider haarscharf an der föderalen Wirklichkeit vorbeigeht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei sind wir uns einig, Herr Gehring, dass es – wie Sie es in Ihrem Antrag formulieren – eine umfassende öffentliche Unterstützung für die Forderung, gute Lehre zu fördern, gibt. Schließlich haben auch wir nicht vergessen, wie es war, als wir den luziden Ausführungen unserer Herren Professoren – jawohl, es waren zumeist Herren – auf den Fensterbänken der Unis oder im Stehen folgen mussten. Ich selber habe an den Massenuniversitäten Münster und Bonn Geisteswissenschaften studiert und kann mich noch an die stickigen Seminarräume erinnern.

Aber schon der nächste Halbsatz in Ihrem Antrag, nämlich dass die Bundesregierung hierbei bislang untätig geblieben sei, ist nicht mehr korrekt, Herr Gehring.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Das stimmt aber!)

Sie widerlegen Ihre Behauptung aber gleich selbst, indem Sie völlig zu Recht auf die Exzellenzinitiative

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nur Forschungsförderung!)

und – das ist in diesem Kontext viel wichtiger – auf den Hochschulpakt zu sprechen kommen.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein!)

Den hat nämlich keine unserer Vorgängerregierungen – auch Rot-Grün nicht – auf den Weg gebracht.

Gerade der Hochschulpakt ist ein Instrument, mit dem die Studienanfängerzahlen berücksichtigt und die Betreuungsrelationen verbessert werden. Dabei musste der Bund auch hierbei regelrecht föderale Tricks anwenden, um zu diesem Zweck den Ländern finanzielle Wohltaten gewähren zu dürfen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also darf der Bund doch zuständig sein?)

Wenig ausgegoren geht es in Ihrem Antrag weiter. Sie stellen Notwendigkeiten wie eine steigende Grundfinanzierung der Hochschulen – das ist ein prima Appell an die Länder – oder die systematische Verankerung von Lehrqualität in Personalentwicklung an allen Hochschulen heraus. Diese Aufforderung richtet sich nicht an den Bund, sondern an die Universitäten.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist es deshalb falsch?)

Beim Wettbewerbsverfahren zur Auszeichnung herausragender Lehrleistungen bleiben Sie uns in Ihrem umfangreichen Antrag konkrete Angaben oder Konzepte schuldig, lieber Herr Gehring.

Im Übrigen stellen Sie richtigerweise fest:

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen in erster Linie die Länder die Unterfinanzierung ihrer Hochschulen beenden.

Danach verhaspeln Sie sich ein wenig zwischen einer Flexibilisierung der KapVO und einer verbesserten Betreuungsrelation, ohne konkret zu sagen, was Sie wirklich wollen. Auch Gender-Aspekte dürfen in Ihrem Antrag nicht fehlen. Auch das ist richtig. An mancher Stelle kam mir die Idee, Sie dem Stifterverband oder der HRK als Berater zu empfehlen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie jetzt eine Textexegese oder kommt noch ein Vorschlag?)

Lassen Sie uns unabhängig von den Problemen dieses Antrags zur Sache feststellen: Für die Forschung – damit haben Sie recht – ist mit der Exzellenzinitiative in der Tat viel erreicht worden, und der Hochschulpakt hat zumindest quantitativ die Lehrsituation erheblich verbessert. Nicht richtig ist aber in diesem Zusammenhang Ihre Aussage, Herr Gehring, dass der Bund im Hochschulpakt weniger als ein Drittel der von der Bundesregierung selbst angesetzten Studienplatzkosten übernehme. Vielmehr haben Bund und Länder im Hochschulpakt einen Betrag von 22 000 Euro pro Studienanfänger als angenommene Durchschnittskosten zugrunde gelegt. Diese Summe entspricht den durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für die Lehre.

Konkret fordern Sie die Berücksichtigung der Qualität der Lehre in Hochschulpakt und Exzellenzinitiative. Eine Integration des Themas in bestehende Maßnahmen halten wir nicht für sinnvoll, weil sowohl Hochschulpakt als auch Exzellenzinitiative bereits klar im Fokus stehen. Die Frage einer Bundesbeteiligung an Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Lehre wird sich spätestens nach der Veröffentlichung der Empfehlungen des Wis-

senschaftsrats zu diesem Thema stellen. Nur damit das einmal klar ist: Wir reden dabei über einen jährlichen Finanzbedarf in Milliardenhöhe, der mit Sicherheit nicht allein von der Bundesregierung getragen werden könnte.

Sie fordern, die Lehrqualität bei der Förderung der Bildungsforschung zu berücksichtigen. Entweder haben Sie es nicht zur Kenntnis genommen, oder Sie haben es vorsichtshalber nicht erwähnt: Unter dem Dach des BMBF-Rahmenprogramms „Empirische Bildungsforschung“ geschieht das bereits. Im Rahmen dieses Programms wurde ein spezieller Förderschwerpunkt Hochschulforschung etabliert. Dabei steht natürlich die Hochschullehre im Mittelpunkt. Das BMBF wird im Laufe dieses Jahres entsprechende FuE-Projekte im Umfang von 12 bis 15 Millionen Euro starten. Hinzu kommen Kompensationsmittel der Länder.

Wenn Sie schon einen so ausführlichen Antrag schreiben, dann hätten Sie diese bestehenden, nicht unerheblichen Maßnahmen fairerweise zumindest erwähnen müssen, statt mit ihren Forderungen den Bund zu beauftragen, seinerseits die Länder zu beauftragen und damit die Zuständigkeitsfrage zu umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht der Bund jetzt einen Wettbewerb für die Lehre oder nicht?)

– Danke für das Stichwort „Wettbewerb für die Lehre“. Die KMK und der Stifterverband haben gestern ihren Ansatz dazu veröffentlicht. Der Stifterverband als Beratungsgremium und die KMK als Länderorganisation sind dafür auch zuständig. Für die Finanzierung sind immerhin 10 Millionen Euro vorgesehen.

(Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie, Herr Gehring, klagten an einem anderen Punkt immer ein, dass die Wirtschaft sich stärker beteiligen sollte. Der Stifterverband ist eine Organisation, die sich aus Spenden der Wirtschaft zugunsten der Wissenschaft finanziert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja okay!)

Da haben Sie genau das, was Sie an anderer Stelle haben wollten. Dann ist aber der Stifterverband – ob Sie es wollen oder nicht – auch nach Ihrer Logik die richtige Adresse. Gerade gestern haben KMK, Länder und Stifterverband ein entsprechendes Konzept mit einem Finanzierungsvolumen von immerhin 10 Millionen Euro für drei Jahre vorgestellt.

(Widerspruch des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Mäkeln Sie nicht herum, sondern nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die richtigen Ansätze zur Umsetzung dessen, was Sie fordern, gewählt wurden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich halte das vorgestellte Konzept zumindest für einen guten Ansatz.

Außerdem hat sich der Stifterverband das Thema „Lehre“ zu Beginn des Jahres in seiner großen Pressekonferenz auf die Fahnen geschrieben. Er möchte sogar eine Deutsche Lehrgemeinschaft gründen und stellt dafür 5 Millionen Euro zur Verfügung. Auch das muss hier gesagt werden. Ob das der richtige Weg ist, hängt von dem Mobilisierungsgrad solcher Wettbewerbe ab.

Des Weiteren fordern Sie Lehrpreise. Davon gibt es bereits einige; das unterschlagen Sie in Ihrem Antrag. Zum einen gibt es den Ars-legendi-Preis, der von der Hochschulrektorenkonferenz und dem Stifterverband gemeinsam vergeben wird. Zum anderen gibt es den Preis „Exzellenz in der Lehre“ des Hessischen Wissenschaftsministeriums, das in letzter Zeit so stark in der Kritik stand. Das ist der bundesweit höchstdotierte Lehrpreis überhaupt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Außerdem gibt es den Medida-Prix, der mit 100 000 Euro Preisgeld dotiert ist und unter anderem vom BMBF finanziert wird. Da haben Sie den von Ihnen geforderten Bundesbeitrag, Herr Gehring. Selbst die schwerfällige KMK hat eine Amtschefkommission mit der Qualitätssicherung an Hochschulen beauftragt. Außerdem will sie ein Informationsportal eröffnen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, noch ein Portal!)

All das hätten Sie in Ihrem Antrag erwähnen müssen.

Abschließend möchte ich sagen, dass es nicht ganz einfach ist, solch ein Thema angemessen zu beraten. Wir haben die Bedeutung dieses Themas begriffen; das müssen Sie nicht einfordern, das haben wir uns hier bei jeder Gelegenheit gegenseitig versichert. Da gibt es einen breiten überparteilichen Konsens. Bei diesen hochschulpolitischen Themen ist es aber immer wichtig, die föderalen Zuständigkeiten anzuerkennen, ohne sich gleich dem Verdacht aussetzen zu müssen, man nehme das Thema nicht ernst. Sie haben diesen Antrag geschrieben, und wir haben noch einmal aufgelistet, welche Instrumente und Einzelaktivitäten es gibt. Wir sind uns ebenfalls darin einig, dass noch jede Menge mehr geschehen kann.

Sie haben in Ihrem Antrag an vielen Stellen eine Aufforderung an den Bund mit einem Appell an die

Länder oder Universitäten verbunden. Der Bund kann aber nur gemeinsam mit den Ländern Programme auflegen; er kann es nicht über ihre Köpfe hinweg tun.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie mit der Föderalismusreform so gemacht!)

Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode nicht zuletzt mit dem Hochschulpakt mehr als alle Vorgängerregierungen getan. Der Bund darf aber nicht – es wäre ein Missverständnis des Föderalismus, ihn dazu aufzufordern – die Rolle eines Wächters einnehmen und überwachen, wie die Länder ihre Aufgaben erfüllen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Uwe Barth für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Uwe Barth (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der Lehre an den deutschen Hochschulen ist mangelhaft und wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter verschlechtern. So schön es ist, dass es den Hochschulpakt 2020 gibt: Auch er ist dramatisch unterfinanziert und nicht geeignet, eine gerechte Verbesserung der Bedingungen herbeizuführen. Darin sind sich alle Experten einig.

Die Forderungen der Grünen zur Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen oder zur Entwicklung neuer Personalkategorien, um eine bessere Betreuungsrelation und damit eine hochwertige Lehre zu ermöglichen, werden von der FDP ausdrücklich geteilt. Auch der Hochschulpakt II muss besser ausgestattet werden. Wir müssen die staatlichen Aufwendungen für den Hochschulbereich drastisch steigern und endlich auf internationales Niveau heben.

Wenn Sie aber Wettbewerb wollen, müssen Sie die Grundvoraussetzungen schaffen, damit er überhaupt funktionieren kann. Die Grundvoraussetzungen sind erstens vergleichbare Rahmenbedingungen für die Teilnehmer und zweitens Handlungsmöglichkeit und -freiheit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie Letzteres vergessen, ist das in etwa so, als ob Sie zwei hervorragend ausgestattete Fußballmannschaften auf einen schönen grünen Platz schicken, dann die Tore vernageln, um jeden Spieler drei Schiedsrichter stellen und dann sagen:

Jetzt spielt mal los! Ein solcher Wettbewerb wird keinen Sieger haben. Sicher fragen Sie sich jetzt: Gibt es eine solche Fußballmannschaft? Kollegin Bettin war daran beteiligt. Fragen Sie sie! Sie kann Ihnen das bestimmt erklären.

Eine Exzellenzinitiative für die Lehre wirft weitere grundsätzliche Fragen auf: Wie sollen sinnvolle und anerkannte Indikatoren für einen solchen Wettbewerb aussehen? Wie soll prämiert werden? Wer bekommt die Prämie, und was soll damit geschehen? Die Exzellenzinitiative für die Forschung stärkt ganz bestimmte Arbeitsfelder und setzt Schwerpunkte. Mit dem Geld können Teams aufgebaut, Gerätschaften gekauft und Kooperationen finanziert werden. Das ist bei der Lehre so nicht möglich.

Der wichtigste Punkt für unsere Universitäten ist aber die Erkenntnis: Wir brauchen mehr staatliches Geld, aber der Staat allein wird es nicht schultern können. Als ich hier vor einigen Wochen darauf hingewiesen habe, dass wir im Haushalt des BMBF mit rund 9 Milliarden Euro etwa 13-mal weniger zur Verfügung haben als im Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales mit weit über 120 Milliarden Euro, wurde mir von der SPD reflexartig vorgeworfen, ich wolle die Renten kürzen. Das ist natürlich völliger Blödsinn. Aber es zeigt: Wir müssen neue Wege gehen. Wir müssen den komplett unterentwickelten privaten Sektor der Hochschulfinanzierung deutlich stärken.

(Beifall bei der FDP)

Italien, Spanien und die Niederlande, aber vor allem Großbritannien und die USA machen uns vor, wie das gehen kann. Ein Beispiel: Die New Yorker Columbia University verfügt über jährliche Gesamteinnahmen in Höhe von 2 Milliarden Dollar. Das Geld kommt überwiegend aus Forschungsaufträgen, aber auch aus Einnahmen aus Investmentkapital, Spenden und Gebühren. Lediglich 24 Prozent, also rund ein Viertel des Geldes, sind öffentliche Gelder. Mit diesen 2 Milliarden Dollar bildet diese Universität jährlich 23 000 Studenten aus. Zum Vergleich: Die Freie Universität Berlin, immerhin Gewinnerin im Exzellenzwettbewerb, muss mit 300 Millionen Euro rund ein Drittel mehr Studenten, insgesamt 34 000, ausbilden. Das heißt, die amerikanische Hochschule bekommt vom Staat pro Student doppelt so viel Geld wie die FU und hat insgesamt achtmal so viel Geld pro Student zur Verfügung. Das ist der Maßstab.

Nun gibt es erste zarte Pflänzchen. In Nordrhein-Westfalen konnten die aus Studiengebühren erzielten Mittel in Höhe von 320 Millionen Euro unter Beteiligung der Studierenden gezielt und sachgerecht investiert werden. Das ist unvergleichbar mehr, als jemals über einen Wettbewerb der Lehre an Geld fließen wird. Das ist ein echter Beitrag zur Verbesserung